

**Kommentare**

Der Streit um die steigende Neuverschuldung geht vor das Bundesverfassungsgericht. Union und FDP klagen gegen die Bundesregierung.

**Laxer Umgang mit Karlsruhe**

Von unserer Redakteurin Sabine Lennartz

Eigentlich braucht die Opposition Karlsruhe gar nicht anzurufen, denn Eichels Sünden stehen fest. Doch der Union geht es um eine Bestätigung, dass der Haushalt 2004 nicht verfassungsgemäß ist und damit eine Behrungs für die Regierung. Rot-Grün dreht empört die Schuldfrage um: Gerade die Union habe doch im Bundesrat viele Einsparungen verhindert.

Natürlich hätte die Union in Bundestag und Bundesrat Ende 2003 tätig mithelfen können, dass Eichel seinen Zielen näher kommt. Doch wer wie Finanzminister Eichel im Jahr 2003 keck einen Haushalt für 2004 vorlegt, der nur dann rechtmäßig ist, wenn noch Gesetze geändert werden, was wiederum nicht ohne die Union geht, darf sich nicht wundern, wenn ihm keine große Seriosität zugesprochen wird – und die Opposition keine große Lust verspürt, ihm zu helfen. Die geizt lieber mit konkreten Alternativen und weist stattdessen darauf hin, dass die gesamte Wirtschaftspolitik geändert werden muss, um wieder mehr Wachstum zu erreichen. Selbst wenn sie Recht hat, nutzt das Hans Eichel bei seinem Nachtragshaushalt 2004 und dem neuen Haushalt 2005 nichts mehr. Eichel hat deshalb in seinem neuen Sparpaket trotziger nur solche Dinge eingeplant, die er ohne Zustimmung der Union durchsetzen kann. Mehr Glück scheint ihm dabei jedoch nicht beschieden zu sein – wenn man an den verunglückten Vorschlag zum 3. Oktober denkt.

Arbeitgeber wollen die betriebliche Mitbestimmung verändern. Heraus kämen im Zweifel weniger Rechte für die Arbeitnehmer.

**Auch das alte Modell glänzt nicht überall**

Von unserem Korrespondenten Christoph Slangen

In großen Unternehmen haben die Arbeitnehmer hierzulande weitgehende Rechte. Die häßliche Besetzung in den Aufsichtsräten ist eine deutsche Besonderheit. Industrie- und Arbeitgeberverband haben nun Änderungsvorschläge vorgelegt. Sie bemühen sich um eine gemäßigte Sprache und reden von Modernisierung, Öffnung, Anpassung – keineswegs gehe es um die Abschaffung. In der Praxis würde das gestern präsentierte Verfahren jedoch in jedem Fall ein Zurückdrängen der Arbeitnehmerrechte zur Folge haben, sofern Management und Anteilseigner dies wünschen. Falls sich Arbeitnehmer und Geschäftsleitung nicht einig würden, träte automatisch eine Veränderung zu Ungunsten der Arbeitnehmerseite in Kraft: Ein Drittel statt der Hälfte der Aufsichtsratsposten bliebe noch.

Die Mitbestimmung alter Form hat dazu beigetragen, ein Klima der Kooperation zwischen Management und Arbeitnehmern zu fördern. Das ist ein Wert, der nicht unterschätzt werden darf, auch wenn die Kompromissfindung manchmal mühsam sein mag. Vor einer Glorifizierung des geltenden Modells sollte man sich jedoch hüten. Auch Arbeitnehmervertreter haben die Weisheit nicht gepachtet, Fehlentscheidungen mitgetragen. Deshalb: Modernisierung der Mitbestimmung und Entscheidungsfreiheit für die einzelnen Betriebe ja – aber ohne Drohkulissen hier oder ideologische Überhöhung dort.

**Karikatur des Tages**



Ringens um Arafats Erbe

**Interview mit Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde**

**Auch Energie-Preise können sinken**

BERLIN – Die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation bekommt neue Aufgaben. Sie soll auch die Preise auf dem Strom- und dem Gasmarkt genehmigen. Mit ihrem Präsidenten, Matthias Kurth, sprach Christoph Slangen über die Folgen und Aussichten für die Verbraucher.

SZ: Nach Porto und Telefongebühren soll Ihre Behörde bald auch Strom- und Gaspreise genehmigen. Kommt es dann zu Preissenkungen?

Kurth: Wir werden die Zugänge zum Netz kontrollieren und darüber wachen, dass die Netzbetreiber anderen Stromunternehmen, die ihre Leitungen benutzen, nicht zu hohe Entgelte abverlangen. Diese Kosten machen etwa ein Drittel des gesamten Strompreises aus. Das können wir beeinflussen. Zwei Drittel des Endkundenpreises hängen von anderen Faktoren ab wie Herstellerpreisen und staatlichen Abgaben wie zum Beispiel Steuern. Daran können wir nichts ändern.

SZ: Radikale Preisstürze wie einst im Telefonbereich sind also nicht zu erwarten?

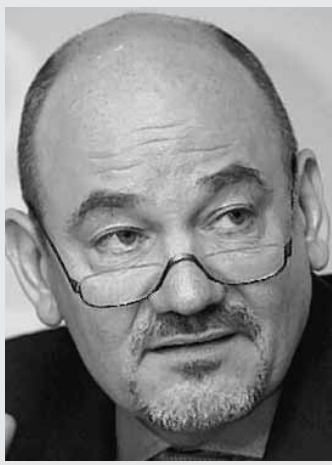
Kurth: Für internationale Gespräche zahlt man jetzt noch etwa fünf Prozent des Preises, der Ende 1997 verlangt wurde. Ortsgespräche bewegen sich im Ein-Cent-Bereich pro Minute. Derart dramatische Veränderungen bei Strom und Gas wird es sicher nicht geben. Aber für das Preisdrittel, das wir beeinflussen können, sehe ich durchaus vorhandenes Senkungspotenzial.

SZ: Die Union will, dass nicht nur die jüngsten Preiserhöhungen der Stromversorger genehmigt werden

müssen, sondern das Preisniveau insgesamt...

Kurth: Unsere Aufgabe wird es sein, angemessene Kosten festzulegen und überhöhte nicht anzuerkennen. Alle Unternehmen werden gefordert sein, ihre Entgelte nach von uns festgelegten Methoden neu zu berechnen. Wenn wir Zweifel haben, dass das geschieht, können wir zu Einzelprüfungen übergehen.

**SZ-Interview**



Matthias Kurth hält es für möglich, dass Telefonieren zumindest etwas billiger wird. Foto: dpa

SZ: Preiserhöhungen nach dem 1. August diesen Jahres müssen von Ihnen im Nachhinein genehmigt werden. Was passiert, wenn ungerechtfertigt abkassiert wurde?

Kurth: Ungerechtfertigte Gewinne, die wir im Wege der Missbrauchsauf-

sicht feststellen, können wir abschöpfen.

SZ: Und den Stromkunden zurückgeben?

Kurth: Das ist im Gesetzentwurf nur bei Verschulden im Rahmen eines individuellen Schadensersatzanspruchs vorgesehen. Die Vorteilsabschöpfung hat das Unternehmen an uns, genauer gesagt: an die Bundesrepublik Deutschland, zu zahlen.

SZ: Später müssen die Unternehmen ihre Tarife für Nutzungsentgelte im Vorhinein genehmigen lassen. Wird das sehr bürokratisch, wie die Gegner meinen?

Kurth: Das so genannte ex-ante-Genehmigungsverfahren greift ja nur, wenn ein Erzeuger höhere Entgelte haben will. Das wird hoffentlich nicht häufig passieren. Denn wir gehen ja davon aus, dass es derzeit ein Potenzial für Kostensenkungen gibt und keine Notwendigkeit für Erhöhungen.

SZ: Mit gerade einmal 60 Mitarbeitern zusätzlich sollen Sie den Strom- und Gasmarkt überwachen...

Kurth: Inzwischen ist eine Zahl von weiteren 120 Mitarbeitern im Jahr 2005 im Gespräch. Angesichts unseres jetzt veränderten Aufgabenumfanges ist das auch gerechtfertigt. Mit 180 Mitarbeitern glauben wir, die Sache bewältigen zu können.

SZ: Wie werden sich die Tarife bei der Post entwickeln, Ihrem anderen Tätigkeitsbereich?

Kurth: Bei der Post werden wir noch in diesem Jahr eine moderate Senkung

der Entgelte haben. Das ergibt sich aus dem von uns festgelegten „price-cap“-Verfahren. Die Post hat durch dieses Verfahren die Möglichkeit, die von uns verfügte Preissenkung auf verschiedene Produkte zu verteilen. Wir haben ihr keine Vorgaben gemacht. Das Unternehmen möchte das Porto auf den Kompaktbrief um fünf Cent absenken.

SZ: Ein großes Thema für die Telekom ist die Internet-Telefonie. Wie weit sind Sie da als Regulierer?

Kurth: Wir werden jetzt eine eigene Rufnummern-gasse eröffnen, die 032er-Nummern, die auch für diese Zwecke geeignet sind. Durch die Internet-Telefonie kann auch mit dem Laptop von unterwegs über eine Datenleitung telefoniert werden. Wir fordern von den Unternehmen, dass hier mittelfristig Notrufmöglichkeiten geschaffen werden. Es wird auch eine Untersuchung geben, ob mittelfristig der Telefonanschluss vom DSL-Anschluss getrennt wird. Alles Dinge, die Wettbewerb und Innovation und damit auch dem Verbraucher nutzen.

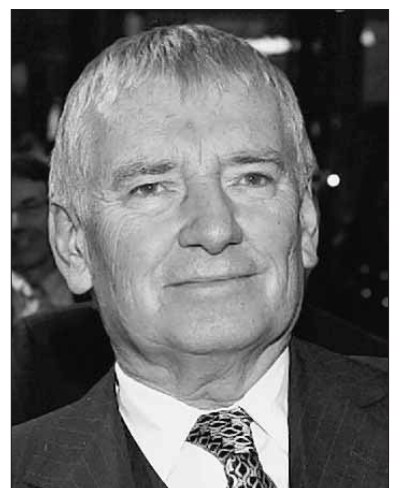
**i** Matthias Kurth (52) ist seit 2001 Präsident der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation. Der Heidelberger hat in Frankfurt Jura und Volkswirtschaft studiert. Er arbeitete als Richter am Landgericht Darmstadt, ließ sich als Rechtsanwalt nieder und engagierte sich in der Politik. Er war Landtagsabgeordneter der SPD in Hessen und wurde 1991 Parlamentarischer Geschäftsführer, bevor er 1995 als Staatssekretär ins hessische Wirtschaftsministerium ging.

**Randnotiz**

**Ihre Namen, liebe Damen!**

Wir beobachten das schon seit Wochen. Günther Oettinger hat ein „H.“ mehr im Namen. Anfangs wurde es noch verschämt geschrieben, doch spätestens seit Teufel seinen Rückzug angekündigt hat, trauen sich immer weniger Journalisten das staats-tragende „H.“ wegzulassen. Dabei hat sich vorher auch nie jemand um das „H.“ geschert. Warum auch? Laut einer spontanen Umfrage können die meisten Menschen ihren Zweitnamen nicht ausstehen. Jahrzehntlang wird er den Mitmenschen verheimlicht. Bis die Herrmanns und Haralds dann wieder als „H.“ auftauchen. Der Trend lässt sich vor allem bei wichtigen Persönlichkeiten beobachten. Nach John F. Kennedy und George W. Bush jetzt noch ein Günther H. Oettinger. Vielleicht ist der Name nur der Anfang. Eventuell bekommen wir auch einen US-Wahlkampf im Ländle mit Oettinger-Fähnchen, Schavan-Mützen und Ute-Vogt-Bettwäsche? Wir jedenfalls rechnen mit dem Schlimmsten und sind gespannt, wann die beiden Damen mit ihren Zweitnamen aus der Deckung kommen. (kec)

**Das Zitat**



„Wer Musikschulen schließt, schadet der Inneren Sicherheit.“

(Bundesinnenminister Otto Schily gestern in Berlin vor dem Deutschen Städte- und Gemeindebund zur Bedeutung der kulturellen Prävention bei der Kriminalitätsbekämpfung.)

**Pressestimmen**

**Der Unternehmer spart immer**  
Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Diskussion um eine Arbeitszeitverlängerung:

„Es ist klar, dass Kostensenkung ein Unternehmen konkurrenzfähiger macht. Eine Firma, die die Wochenarbeitszeit unbezahlt um zehn Prozent erhöht, hat zwei Wege, die Einsparung zu realisieren: Sie kann zehn Prozent mehr verkaufen, ohne jemanden neu einzustellen. Gibt der Markt den Mehrabsatz nicht her, werden Arbeitsplätze abgebaut. Der Unternehmer spart in jedem Fall, der Staat allerdings nicht. Schließlich muss er die Arbeitslosen versorgen.“

**Sozialer Sprengstoff**  
Die „Saarbrücker Zeitung“ kommentiert die Kinderarmut:

„Seit Jahren warnen Experten vor der wachsenden Kinderarmut in Deutschland und dem sozialen Sprengstoff, der in dieser Entwicklung steckt. Dass immer mehr Kinder und Jugendliche in den Armutstrudel geraten, ist ein Beleg dafür, wie sträflich dieses Problem vernachlässigt wurde. Deutschland, eine gesplante Gesellschaft: Auf der einen Seite diejenigen, die ihr Leben in Armut beginnen müssen. Auf der anderen Seite jene Sprösslinge, die über so viel Geld wie noch nie verfügen. Die Sonntagsreden von der Chancengleichheit für alle klingeln noch im Ohr. Die Realität ist längst eine andere, und die Gesellschaft wird eines Tages zu spüren bekommen, dass sie ein erhebliches, schöpferisches Potenzial einfach links liegen lässt, ohne kräftig gegenzusteuern.“

**Vollständige Kontrolle ist nötig**  
Der „Kölnner Stadt-Anzeiger“ nimmt zur Entwicklung im Irak und zur US-Offensive auf Falludscha Stellung:

„Wenn im Januar tatsächlich im Irak gewählt werden soll, darf es keine weißen Flecken auf der Landkarte geben, zu denen die irakische Regierung keinen Zutritt hat. Die USA haben im Irak nichts mehr zu gewinnen. Aber wenn die neue Regierung in Bagdad schon im ersten Anlauf scheitert, verlieren die Amerikaner erst recht.“

**SZOn.de**

**SZ-Aktion zu DSL: Die T-Com stellt sich den Lesern**

**LEUTKIRCH (-lin) – Im Kern bleibt es dabei: Die T-Com kann nicht überall das schnelle DSL für Internetnutzer liefern. Aber sie stellt sich der Diskussion und auch den Fragen der Leser der Schwäbischen Zeitung.**

Ein dickes Paket an Leser-Ärger hat die Schwäbische Zeitung der T-Com auf den Tisch gelegt. Es ist das Ergebnis der Aktion „DSL-Ärger im ländlichen Raum“, die unerwartet große Resonanz gehabt hat. Dutzende SZ-Leser schildern, was ihnen widerfahren ist, wenn sie versuchen, an die schnellen Internetanschlüsse zu kommen. Die nicht immer erfreulichen Erlebnisse sind im Internet unter SZOn.de/dsl nachzulesen.

Nachgelesen haben sie auf Bitten der SZ auch die T-Com Sprecher in Stuttgart und München. Sie stellen sich den Fragen der Menschen im ländlichen Raum, die immer wieder klagen, es gebe selbst am Rand der großen Städte keine DSL-Anschlüsse. Sol-

che Klagen kommen aus dem Raum Ravensburg oder aus Friedrichshafener Ortsteilen, aus Ehingen und Aalen-Ellwangen oder Tuttlingen. Das Hauptargument der T-Com lautet: Technisch machbar wäre vielleicht das eine oder andere, aber finanzierbar ist es nicht. „Als privatwirtschaftliches Unternehmen kann die T-Com zwar 90 Prozent Anschlussdichte schaffen, der weitere Ausbau muss sich jedoch rechnen“, erklärt T-Com-Sprecher Harry Fuchs aus Stuttgart.

**Selten planbar**

Zugleich sagt die T-Com, dass sie nach wie vor versuche, noch „weiße Flecken“ im ländlichen Raum anzuschließen. Etwa dann, wenn Kommunen oder andere Träger Baumaßnahmen planen und die T-Com kostengünstig mit ihre Leitungen verlegen könne. Weil dies nicht immer langfristig planbar sei, gebe es auch keine nachvollziehbaren, langfristigen und

abfragbaren Pläne, wann wo neue Anschlüsse geschaltet werden können. Die SZ hat die Fragen ihrer Leser gebündelt und der T-Com vorgelegt: Nachzulesen ist das ausführliche Frage-Antwort-Spiel im Internet, ebenfalls bei SZOn.de/dsl ab heute.

**Experten am Telefon**

Darüber hinaus gibt es zum Thema Ende des Monats noch eine Telefonaktion. Dabei stellen sich Experten der T-Com den Fragen der SZ-Leser. Sie können dann zu den grundsätzlichen Themen Auskunft geben, aus Zeitgründen allerdings nicht immer verbindliche Aussagen zu einzelnen Anschlussdaten und Terminen machen. Beantworten müssen sie dann aber sicherliche Fragen, warum die T-Com neuerdings symmetrisches DSL anbietet und dem Kunden zugleich noch asymmetrisches, also Technologie fast von gestern verkaufen will. Experten werden sicher auch wissen wollen, warum

reduzierte Bandbreiten zum selben Preis wie größer dimensionierte verkauft werden, und warum das DSL mit hoher Bandbreite eher selten die versprochenen Datendurchsatzraten auch erreicht?

**Auf einen Blick**

**Erfahrungen ins Netz**

Der Bedarf ist da, der Ärger groß – aber es ist kaum herauszubekommen, wo es im SZ-Land Bereiche gibt, die nicht mit dem schnellen Internetzugang DSL versorgt sind. Deshalb hat die SZ die DSL-Aktion gestartet. Ergebnis: Betriebe sind ebenso verärgert wie Normalbürger, die privat im Internet surfen. Die SZ sammelt die Erfahrungen unter der Mailadresse redaktion@szo.de und veröffentlicht sie: SZOn.de/dsl